

München, 22. Juni 2009

S p e r r f r i s t: 22. Juni 2009, 10.30 Uhr

Staatsminister Georg Fahrenschon beim BBB-Hauptausschuss

Jetzt ist nicht die Zeit für halbherziges Handeln oder Zögern!

„Es ist wohl das erste Mal, dass uns ein Finanzminister so willkommen war, wie das heute der Fall ist“, richtete sich Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), zu Beginn seiner einleitenden Ansprache zur diesjährigen Sitzung des BBB-Hauptausschusses, des höchsten Beschlussorgans zwischen den Delegiertentagen, an Staatsminister Georg Fahrenschon. „Fallen doch in Ihre noch kurze Amtszeit wichtige Entscheidungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die in den vergangenen Jahren zahlreiche Einschnitte hinnehmen mussten: In erster Linie sind hier die Anpassung der Besoldung und Versorgung an die allgemeine Einkommensentwicklung kombiniert mit der Fortführung der Altersteilzeit sowie die Ankündigung, die Wochenarbeitszeit der bayerischen Beamtinnen und Beamten wieder auf ein vergleichbares Maß zum Arbeitnehmerbereich zurückführen zu wollen, zu nennen. Hinzu kommen die im Doppelhaushalt 2009/2010 enthaltenen insgesamt 18.000 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten“.

Der politische Gewinn der angekündigten Arbeitszeitreduzierung dürfe jedoch nicht verspielt werden, fuhr Habermann fort, es sei jetzt nicht die Zeit für halbherziges Handeln oder Zögern. „Wir erwarten, dass schnellstmöglich die Arbeitszeit im bayerischen öffentlichen Dienst wieder harmonisiert wird, das heißt, dass sie für die Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden die Woche zurückgeführt wird“, so der Vorsitzende. Wo dies nicht gleich möglich sei, zeige sich der BBB für **kurzfristige** Übergangslösungen offen und jederzeit gesprächsbereit.

Eines stellte der BBB-Chef jedoch unmissverständlich klar: „Wir lassen uns nicht mit dem Argument abspeisen, das alles dürfe kein Geld kosten!“ Im Zweifel würde man damit aufrechnen, was die bayerischen Beamtinnen und Beamten dem Dienstherrn seit 1994 durch die Arbeitszeitverlängerungen an Mitteln erspart haben. „Gegenfinanzierungen wären mit dem BBB nicht zu machen!“

Gleiches gelte auch für das Neue Dienstrecht. Die gemeinsam mit der Staatsregierung erarbeiteten Eckpunkte sollten als Erfolg für beide Seiten gewertet werden, der bei der jetzt anstehenden Umsetzung in Gesetzesform nicht auf's Spiel gesetzt werden sollte. „Wo wir zugestimmt haben, werden wir uns daran halten, wie wir auch umgekehrt erwarten, dass sich Ihr Haus daran hält“, wandte sich Habermann weiter an den Staatsminister, „was wir im Zuge der Eckpunkte verabredet haben“. Das gälte vor allem für die Zusage, dass niemandem etwas genommen wird und Verbesserungen nicht

durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden. „Ich habe daran aber nicht den geringsten Zweifel!“, betonte der Vorsitzende abschließend.

Auch die Landtagsabgeordneten **Ingrid Heckner** (CSU, Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes), **Stefan Schuster** (SPD, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes), **Peter Meyer** (Freie Wähler, III. Vizepräsident des Bayerischen Landtags), **Adi Sprinkart** (Bündnis 90/Die Grünen) und **Prof. Dr. Georg Barfuß** (FDP) richteten sich mit Grußworten an die Delegierten.

Der jährlich zusammentreffende BBB-Hauptausschuss ist das höchste Beschlussgremium zwischen den im Fünfjahresabstand stattfindenden Delegiertentagen. An der Sitzung nehmen rund 200 Delegierte aller 54 im BBB zusammengeschlossenen Fachgewerkschaften aus ganz Bayern und allen Bereichen des öffentlichen Dienstes teil.